

„Der Marktradikalismus als Verheißung ist tot“

Interview mit Erhard Eppler zum Thema Lebensqualität

Das Interview führten Alban Knecht und Philipp Catterfeld am 16. April 2012[©]

Zugang über: www.albanknecht.de/publikationen.html

Permanente Adresse der akt. Version:

www.albanknecht.de/publikationen/Interview-Erhard-Eppler-Lebensqualitaet.pdf

Erhard Eppler, Jahrgang 1929, prägte die Nachkriegsgeschichte mit SPD. Von 1961 bis 1976 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1968 bis 1974, während der Ersten Großen Koalition und der Regierung Brand war er Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Darüber hinaus war er Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, Mitglied von Bundesvorstand und Präsidium, sowie, bis 1992, Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD.

Die Idee des Lebensqualitätskonzeptes hat er 1972 als einer der Ersten in Deutschland aufgegriffen und zu ihrer Verbreitung in der SPD beigetragen. Insbesondere im Wahlkampf 1972 spielte es wichtige Rolle. Im Wahl- und Regierungsprogramm wird es ausführlich diskutiert: „Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard. Lebensqualität setzt Freiheit voraus auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, zu Spiel und Zusammenleben, zu Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden. Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.

Wann ist Ihnen der Begriff Lebensqualität zum ersten Mal untergekommen?

Ganz bewusst ist er mir untergekommen, als der damalige IG-Metall-Vorsitzende Otto

Brenner, einer der klügsten Köpfe der Republik, mich in der Weihnachtszeit 1971 angerufen hat mit der Bitte, auf dem IG-Metall-Kongress im April 1972 in Oberhausen über

dieses Thema referieren.

Diese Antwort bedeutet auch, dass ich völlig unschuldig bin daran, dass dieser Begriff – der ja gelegentlich mir in die Schuhe geschoben wurde – damals aus der angelsächsischen Literatur auch nach Deutschland gekommen ist.

Wie war die Atmosphäre auf dem Kongress in Oberhausen im April 1972 gewesen?

Die Atmosphäre war die eines Aufbruchs. Die ganze Zeit hatte ein bisschen Aufbruchcharakter. Kurz vorher war Meadows „Grenzen des Wachstums“ erschienen. Es war Februar, März 1972 und das Gefühl – vielleicht ging das auch noch zurück auf die 68er-Revolution –, dass wir etwas Neues beginnen müssen, war doch sehr stark. Und Brandt hat sicherlich versucht dies an seine Partei zu binden.

Im November 1972 sollte gewählt werden. Es war also schon Wahlkampf. Welche Rolle hat der Begriff Lebensqualität damals gespielt?

Diese Diskussion, genau wie die ganze Ökologie-Diskussion damals, lief einzig und allein in der Sozialdemokratischen Partei, überhaupt nicht in der Union und noch weniger in der FDP... und Grüne gab's ja noch nicht. Und in der SPD war es eben der Vorsitzende selber, der damals Kanzler war, Willy Brandt, der sich dafür interessiert hat und der dann auf dem SPD-Bundesparteitag 1972 in Dortmund sogar eine bis heute interessante Definition von Lebensqualität vorgelegt hat.

War der Begriff Lebensqualität schon damals so stark gegen das Wachstum gerichtet wie heute?

Ja. Wir wissen ja heute, dass seit etwa 1970, die Lebenszufriedenheit der Menschen in Europa und den Vereinigten Staaten nicht mehr zugenommen hat, sondern sie hat bis 1970 etwa parallel zum Wachstum zugenommen und ab 1970 bis heute nicht mehr. Darüber wäre nun auch wieder lang zu reden,

aber es war eben damals doch stark das Gefühl da, dass immer mehr, immer schneller, immer höher –, dass das Immer-mehr doch eine etwas stupide Politik ist. Es könnte sein, dass dieser Wahlsieg der SPD im Herbst 1972, im November, nicht nur mit der Ostpolitik zu tun hatte, sondern wohl auch damit, dass man im intellektuellen Bereich gespürt hat, dass wenn etwas läuft, dann läuft das dort. Ich war übrigens dagegen, die Lebensqualität in den Wahlkampf zu bringen. Ich wollte den Begriff nicht für eine Partei beschlagnehmen.

War das gleichzeitig ein Konzept, mit dem man versucht hat, die Mittelschichten stärker anzusprechen?

Natürlich. Natürlich hat das die Mittelschichten angesprochen, vor allem diejenigen Mittelschichten, die irgendwie mit Kultur zu tun hatten. Aber es gab natürlich auch Unternehmer – ja bis in die höchsten Etagen hinein –, die damals gespürt haben: Aha, wir können das nicht abblocken, wir müssen da selber mitmachen. Und das hat sich dann leider sehr rasch verändert, gerade in Deutschland, nach dem Rücktritt von Brandt 1974 und nachdem der neue Kanzler Helmut Schmidt deutlich gemacht hat, dass er an der Stelle nicht mehr weitermacht. Er hat ja damals auch bei der Kabinettsklausur auf Schloss Gymnich auch das ganze Thema Ökologie auf kleine Flamme gedreht. Und wenn ich nicht schon wegen der Entwicklungshilfe zurückgetreten wäre, dann wäre ich deshalb zurückgetreten. Jedenfalls war das eine Politik, die nicht da anknüpfte, wo Brandt aufgehört hatte, sondern die sich ganz bewusst eingeordnet hat in das, was international ja auch üblich war. Man hat jetzt versucht mit dem Abfluss der Kaufkraft in die Ölländer durch die Ölpreiskrise irgendwie fertig zu werden – und zwar eben meistens auf keynesianische Weise.

Haben sich die Bürgerbewegungen erst dann richtig formiert, als sie das in der SPD nicht mehr wiedergefunden haben?

Ich glaube, es gab schon ökologische Bürgerinitiativen damals. 1973 war ja auch der erste Aufstand gegen die Atomenergie in Wyl bei Freiburg, aber eine bundesweit organisierte Ökobewegung gab es noch nicht. Die Grünen sind nicht die Urheber der Ökobewegung, sondern sie sind ein Produkt der Ökobewegung gewesen – nachdem eben innerhalb der SPD dafür kein Raum mehr war, nachdem Schmidt kein Interesse mehr hatte und sich auch mokiert hat über diese Art von Denken. Da sind damals auch einige tausend Sozialdemokraten ausgetreten. Ich habe das hier in Baden-Württemberg erlebt. Die baden-württembergische SPD hat 1976 im Landtagswahlkampf schon ein richtig grünes Programm gehabt. Das war nicht weniger grün, als das, was die Grünen heute machen. Aber die Mehrheit der Partei, und dafür stand der Bundeskanzler Helmut Schmidt, war anderer Meinung. Und deshalb sind dann, in der zweiten Hälfte der 70er, diese Leute, um die es mir gegangen war, überwiegend zu den Grünen gelaufen und haben denen dann gezeigt, wie man Wahlkampf machen muss und ins Parlament kommt.

War die Ölkrise der Auslöser oder war es die personelle Umbesetzung? Oder ist das Hand in Hand gegangen? Sind nicht mit der Ölkrise die typischen Arbeiterthemen wieder mehr in den Vordergrund gerückt?

Ja, die *bread-and-butter*-Themen, das ist ja auch in einem gewissen Sinne logisch. Ich habe die Ölkrise so erlebt: Im November 1973 gingen die Leute auf der Autobahn spazieren, weil keine Autos dort fahren durften. Das waren die autofreien Sonntage. Ich dachte, jetzt werden ja wohl die Leute insgesamt merken, dass da irgendwas nicht mehr läuft. Ich habe also die Ölpreis-Krise als die Bestätigung der Zäsur empfunden. Schmidt hat das eben als Ökonom hingenommen, als ökonomische Kleinkatastrophe, mit der man fertig wird, indem man die Kaufkraft, die diese Öl-

barone abgezogen haben, durch den Staat ersetzt. Und – was man natürlich hinzufügen muss –, in den anderen Industrieländern Europas lief das im Grund genommen auch so.

Wann hat sich die Politik von der Idee der Gesellschaftspolitik, also von der Idee die ganze Gesellschaft gestalten zu wollen, verabschiedet?

Ich habe das mal so ausgedrückt: In der ersten Hälfte der 70er Jahre war unsere Grundfrage: „Wie wollen wir leben?“ Während dann, so ab den 80er Jahren, immer mehr die Frage kam: „Wie müssen wir leben – etwa um uns in globaler Welt zu behaupten und um wettbewerbsfähig zu bleiben?“ Das ist ja auch bis heute so, und aktuell in den südeuropäischen Ländern. Da fragt niemand mehr: „Wie wollen wir leben?“, sondern da diktiert die EU, beziehungsweise der Währungsfonds, denen, wie sie zu leben haben. Und eine wirkliche Gesellschaftspolitik kann man nur machen, wenn man die Frage stellt: „Wie wollen wir leben?“ und nicht, wenn man fragt: „Wie müssen wir leben?“

Hätte man den Gestaltungsspielraum nicht durch höhere Steuern erweitern können?

Das war spätestens ab den 80er Jahren nicht mehr möglich, weil in der marktradikalen Welle Steuererhöhung zur Ursünde des Wohlfahrtsstaats, oder wie immer man das nannte, erklärt worden ist. Wir sind ja bis heute an dem Punkt, dass, wenn ein Haushalt nicht ausgeglichen ist, immer die zu hohen Ausgaben schuld sind, nie die zu niedrigen Steuern. Und das, obwohl zum Beispiel in den 70er Jahren, in denen ich im Kabinett war, der Anteil der Unternehmenssteuern am Gesamtsteueraufkommen gut doppelt so hoch war wie heute. Aber darüber wird gar nicht geredet, dass die Verschuldung auch damit zu tun haben könnte.

Wieso hat sich die Einnahmepolitik so einseitig entwickelt?

Ich könnte mir vorstellen, dass spätere Generationen, wenn sie einmal über den Vertrag von Maastricht nachdenken, sagen werden: Wie ist das eigentlich möglich, dass hier die EU sich ganz massiv, mit dieser Drei-Prozent-Klausel, in die Haushaltspolitik der Einzelstaaten einmischt und gleichzeitig aber sagt, wir machen auf keinen Fall eine koordinierte Steuerpolitik. Das Thema Einnahmen kommt im Maastricht-Vertrag gar nicht vor. Sondern es geht immer nur um die Ausgaben. Dass aber ein Haushalt aus Einnahmen und Ausgaben besteht, ist eigentlich eine ziemlich banale Feststellung. Ich bin lange Zeit konsterniert darüber gewesen, wie diese marktradikale Welle so eine Art Gehirnwäsche zustande gebracht hat. Bestimmte Dinge konnte man einfach gar nicht mehr anbringen. Könnte es nicht so sein, dass unsere Verschuldung auch damit zu tun hat, dass eine gewisse Schicht in Deutschland anstatt mehr Steuern zu zahlen eben Staatspapiere gekauft hat und sich die nun verzinsen lässt. So kann man unsere jetzige Situation auch deuten.

Wer in dieser ganzen marktradikalen Epoche anders gedacht hatte, der wurde entweder gar nicht gehört, oder, wenn er gehört wurde, verspottet.

Nach vierzig Jahren Lebensqualitätskonzept, was hat sich gebessert, was hat sich verschlechtert?

Wogegen ich bin, dass man – wie das zum Beispiel die OECD gemacht hat – Lebensqualität definiert als Lebensstandard plus Gesundheit plus Bildung. Das ist ein wenig überzeugendes Konzept, das allerdings mit diesem *Human Development Index* auch auf die Entwicklungsländer angewendet wird. Wenn man Lebensqualität messen will, dann braucht man ziemlich viele Indikatoren; dann muss man in einer Gesellschaft lange über diese Indikatoren diskutieren und sich dann

auf vielleicht 15 oder 20 einigen.

Der *Human Development Index* ist ja ganz stark auch ein Instrument der Entwicklungspolitik.

Er ist natürlich schon ein bisschen besser als das reine Wachstumskriterium. Ich habe schon als Minister vor über vierzig Jahren in den Entwicklungsländern festgestellt: Wachstum ist schon ganz schön, aber es kann aus den grotesksten Dingen bestehen. Es gibt ein Wachstum von dem die meisten Leute überhaupt nichts haben, das irgendwo in den Städten stattfindet, während auf dem Land die Leute so wie vorher oder sogar noch schlimmer vegetieren. Deswegen habe ich schon zu meiner Zeit, das war so um 72 herum, die Prüfung aller meiner Projekte auf ihre ökologische Sinnhaftigkeit angeordnet. Das war damals noch ziemlich revolutionär.

Sollte sich Entwicklungspolitik mehr an Individuen adressiert, also nicht nach dem Prinzip ein Staat hilft dem anderen, sondern nach dem Prinzip ein Staat unterstützt Individuen in einem anderen Land?

Ich meine, das ist doch schon so. Wir haben in unseren Projekten – nehmen Sie mal eine landwirtschaftliche Genossenschaft – versucht, den Leuten klarzumachen, wie sie miteinander wirtschaften können. Wir haben das einige Zeit begleitet mit unseren Leuten, und irgendwann mussten sie dann selber weiter machen. Der Erfolg ließ sich dann immer daraus ableiten, wie sie weitergemacht haben, ob das Projekt funktioniert hat oder ob es dann wieder eingegangen ist. Beides ist vorgekommen.

Welche Bereiche halten Sie für zentral in der Entwicklungspolitik?

Also, heute würde ich, wenn ich Minister wäre, mich auf zwei Bereiche konzentrieren: Zum einen würde ich, gerade in Afrika, den Versuch unterstützen, in der Energieversorgung, gerade im ländlichen Raum, wo es ja

noch gar keine gibt, das Zeitalter der fossilen Energien zu überspringen und direkt in die erneuerbaren Energien zu gehen. Denn in dem Augenblick, wo eine ländliche Region selber Strom erzeugt, entstehen dort natürlich auch Handwerksbetriebe und vielleicht sogar kleine Industriebetriebe. Dann hört der Zufluss in die Slums der großen Städte auf, der ja nun katastrophal Ausmaße angenommen hat. Das ist das eine. Zum anderen halte ich, gerade in Afrika, den Staatszerfall für eine große Gefahr. Denn das heißt, dass die Staaten weder für die innere Sicherheit, noch für irgendeine Rechtssicherheit garantieren können, ganz abgesehen vom Bereich Bildung. Augenblicklich bröckeln zum Beispiel die Staaten in der ganzen Sahel-Zone, nicht nur Mali.

Welche Maßnahmen sollte man praktisch gegen diese Probleme ergreifen?

Man muss versuchen, die staatlichen Strukturen zu stärken, also zum Beispiel dafür zu sorgen, dass ein Innenminister – wenn man einen tüchtigen findet – auch das Geld hat, dafür zu sorgen, dass die Polizisten nicht so miserabel besoldet sind, dass sie gar keine Lust mehr haben, irgendwelche Verbrecher zu jagen. Das ist in den meisten afrikanischen Staaten so.

Also, wie gesagt, in diesen beiden Bereichen könnte die Entwicklungshilfe wirklich was leisten. Es gibt ja jetzt auch wieder die Budgethilfe, die früher nur die Franzosen in ihren Kolonien angewendet haben. Das heißt, wenn man einen wirklich guten Minister findet, gibt man ihm Geld in seinen Etat. Natürlich wird kontrolliert, was er damit macht, aber er hat darüber die Entscheidungshoheit. Das kann man natürlich nicht mit jedem Minister machen. Aber, solange es in Afrika Staaten gibt, in denen ein Investor nicht weiß, wann seine Fabrik angezündet oder geplündert wird und besonders wenn er weiß, dass diejenigen, die das machen, nie

vor den Richter kommen, solange hat es ja keinen Sinn, über wirtschaftlichen Aufbau zu reden. Diese beiden Schwerpunkte würde ich heute setzen – man muss sich ja konzentrieren – und teilweise wurde das ja auch so gemacht, gerade bei der Vorgängerin des jetzigen Ministers.

In Ihrem Buch „Eine solidarische Leistungsgesellschaft“ beziehen Sie sich auf Richard Wilkinson und Kate Pickett, die in ihrer Studie „Gleichheit ist Glück“ nachweisen, dass weniger soziale Ungleichheit die Lebensqualität in einer Gesellschaft erhöht. War man sich dessen damals in der SPD auch schon bewusst?

In den frühen 70er Jahren war es durchaus so, dass wir mehr Gleichheit, oder genauer gesagt, weniger Ungleichheit auch als einen Weg zu mehr Lebensqualität verstanden haben. Aber dann kam diese marktradikale Welle, die schlicht gesagt hat: Freiheit und Gleichheit beißen sich, wer mehr Gleichheit will, muss die Freiheit einschränken, und wer Freiheit will, der muss halt Ungleichheit in Kauf nehmen. Ich halte das für falsch, diese Balken-Schaukel-Theorie. Aber, sie wurde uns so eingehämmert, dass man politisch kaum dagegen ankam. Auch über die Medien: Noch 2007 waren fast alle Wirtschaftsredaktionen aller Zeitungen, bis hinein in die Süddeutsche oder auch bis in die Frankfurter Rundschau im Grunde marktradikal gepolt. Erst jetzt gibt es natürlich auch wieder mal andere Sichtweisen.

Ich behaupte ja, dass der Marktradikalismus als Verheißung tot ist. Das heißt, niemand glaubt mehr, man müsste nur die Märkte entfesseln und dann werden wir alle reich. Aber er kommt wieder als Sachzwang. Nämlich, wenn man den hochverschuldeten Ländern Vorschriften macht, kommen diese alle aus dem marktradikalen Rezeptbuch, was natürlich dann auch zu diesen Volksaufständen führt. Man muss alles privatisieren, man muss die Löhne senken, man muss die Lohn-

nebenkosten senken und so fort. Das heißt, wenn eine Regierung sagt, wir müssen ganz sparsam sein und dazu die Steuern für tabu erklärt oder gar senkt – deshalb will ja die FDP immer die Steuern senken – dann bleibt dieser Regierung eigentlich fast nichts anders übrig als marktradikale Einschnitte.

Wie könnte da eine Emanzipation der Bürger aussehen? Welche Anstöße bräuchte es, um gegen die Medien vorzugehen? Oder gegen die Unternehmensinteressen?

Ja, es gibt auch in den Medien Tendenzen, die offensichtlich Schluss machen wollen mit dieser marktradikalen Denkart. Andererseits konnte man noch nie so schnell Milliardär werden wie in dieser marktradikalen Epoche. Und die, die es geworden sind und die jetzt die Zeitungen besitzen, die werde ja nicht gerade dafür sein, dass man das jetzt ändert. Insofern wird das noch einige Zeit dauern, möglicherweise noch ein oder zwei mittlere Katastrophen, die es zu überwinden gilt.

1981 haben Sie Lebensqualität in „Wege aus der Gefahr“ als ethisches Konzept dargestellt. Sehen Sie es heute auch noch so, dass es sich eigentlich um ein ethisches Konzept handelt?

Natürlich nicht nur. Zur Lebensqualität gehört selbstverständlich, was wir heute den Lebensstandard nennen. Nur eben mit dem Wissen, dass die Steigerung des Lebensstandards die Lebensqualität nicht erhöht. Aber Lebensqualität hat einen ästhetischen Aspekt: Was ist eine schöne Stadt? Wie baut man eine Schule so, dass die Kinder etwas spüren von einer guten Architektur? Und Lebensqualität hat natürlich einen sozialen Aspekt: Dass die Menschen das Gefühl haben, wenn ich arbeite, und egal, was ich arbeite, ich kann ordentlich davon leben. Der ethische Aspekt, das ist das, was vor allem Wilkinson und Pickett beschreiben: Wie die Leute miteinander umgehen. Zum Beispiel

haben die Menschen in einer weniger ungleichen Gesellschaft mehr Vertrauen zu anderen Menschen als in einer sehr ungleichen Gesellschaft. Das heißt, das Misstrauen wächst mit der Ungleichheit. Eine Gesellschaft des Misstrauens ist eine schlechtere Gesellschaft mit einer geringeren Lebensqualität. Wenn ich einem Kind schon von klein auf beibringen muss, dass es Erwachsenen mit Misstrauen begegnen muss, dann ist das doch etwas völlig anderes als wenn ein Kind möglichst lange in einer Welt aufwächst, wo es glaubt, die anderen Leute meinen es gut mit ihm. Das wäre dann der ethische Aspekt. Aber wie gesagt, das ist nicht der einzige.

Sind die Zeiten des Wirtschaftswachstums vorbei und wird sich nun das Lebensqualitätskonzept durchsetzen? Ist das Ihre Vorhersage?

Ich bin kein Prophet. Aber, ich meine, eine Politik muss sich ja auch verständlich machen, muss sich erklären können, und bisher hat sie sich meistens darum gedrückt. Weil: Noch schaffen wir ja Wirtschaftswachstum, wobei das ja zeitweise Angela Merkels einziges Ziel war. Wenn das nun aber nicht mehr funktioniert, wenn man das nicht mehr versprechen kann, dann muss man doch seine Politik immer noch erläutern, und da bleibt dann wahrscheinlich gar nichts anderes übrig als das Konzept einer Lebensqualität. Jedenfalls – man kann es auch anders formulieren, eine Lebenszufriedenheit, bei der Menschen fühlen: Wir gehören dazu, wir werden respektiert, wir haben genug zu essen und wir können uns aussuchen in welchen Sportverein wir gehen und wie wir unserer Freizeit verbringen. Es gibt da verschiedene Gelegenheiten, die die Kommune bietet, vom Freibad bis zum Schachclub. Ich glaube, dass das Wachstumsdenken nicht einfach ein Vakuum hinterlassen kann. Da muss etwas Neues einfließen und wenn man die Definition von Lebensqualität nimmt, die die SPD 1972 be-

geschlossen hat, dann ist da eigentlich schon fast alles drin.

Und wenn man dieses Ziel Lebensqualität verfolgt, dann braucht man mehr Bürgerbeteiligung?

Das gehört natürlich auch dazu. Es geht ja bei der Lebensqualität auch um das, was in den Menschen vor sich geht, und wie sie die Welt sehen. Und wenn sie selber mitwirken können, dann ist das – natürlich nicht für alle, aber für viele – eine höhere Qualität, als wenn sie immer nur Zeitung lesen, was da beschlossen worden ist. Gerade in der Kommunalpolitik gibt es wunderbare Gelegenheiten und Beispiele.

Was halten Sie den von der Occupy-Bewegung?

Ich habe mich damit nicht im Einzelnen beschäftigt. Das ist eine Protestbewegung. Aber soweit ich das bisher gesehen habe, ist das keine Bewegung, die einen Ausweg weiß.

Kennen Sie den Stéphane Hessel, der das Buch „Empört Euch“ geschrieben hat?

Ich hab das nicht selber gelesen, aber ich habe davon gehört.

Aber Sie würden nicht „Empört Euch“ ausrufen, sondern vielleicht „Beteiligt Euch“?

Empörung ist manchmal auch nötig. Zu der Zeit als ich Minister war, war es noch üblich, dass ein Vorstandsmitglied eines Konzerns das Fünfzehn- bis Zwanzigfache eines Arbeiters verdient hat. Heute ist es manchmal das Zweihundertfache, das Dreihundertfache, das Vierhundertfache. Mich wundert, dass dies nicht mehr Empörung hervorruft. Da hätte ich gar nichts dagegen, wenn – auch gerade von den Gewerkschaften – das mal zum Thema gemacht würde, und zwar so, dass man es hört. Aber natürlich mit Empörung alleine kann man keine Lebensqualität, keine Gesellschaft mit höherer Lebensqualität

schaffen. Zu einer höheren Lebensqualität gehört eben auch die Überwindung eines geradezu gefeierten und geforderten Egoismus. Wenn ich einer Gesellschaft sage: „Wenn jeder für sich selbst sorgt, dann ist für alle gesorgt“, dann produziere ich ja die Ellbogengesellschaft, soweit sie nicht schon existiert. Ich versuche, den Leuten klar zu machen, dass ihre Lebensqualität doch auch davon abhängt, wie sie mit ihren Nachbarn auskommen, wie die Familie zusammenhält, wie das Klima in der Gemeinde ist, also einfach wie Menschen miteinander umgehen – ob sie einander helfen oder ob sie nur miteinander konkurrieren.

Es hat überhaupt noch nie eine politische Gruppierung gegeben, die ernsthaft erklärt und gefordert hat, dass jeder für sich selber sorgt und das Solidarität ein Spleen von Gutmenschen ist. Wobei übrigens die Erfindung des Wortes Gutmensch im marktradikalen Zeitalter erst erfolgt ist. Ein guter Mensch war noch in den 70er Jahren eine großartige Sache, auch wenn man nicht darüber redete. Aber jetzt ist der Gutmensch jemand, der nicht begriffen hat, dass es besser ist, wenn jeder für sich selber sorgt. Wir haben wirklich eine Gehirnwäsche hinter uns.

In Ihrem Buch „Eine solidarische Leistungsgesellschaft“ wenden Sie sich zum Beispiel gegen Gleichsetzung von Leistung und Erfolg.

Weil auch das ein Teil dieser Gehirnwäsche ist. Es ist doch ein Unterschied, ob ich mit jemandem zu tun habe, von dem ich das Gefühl habe, der hat hundert Mal mehr Glück gehabt als ich und auf diese Weise hundert Mal mehr Erfolg gehabt als ich, deshalb verdient er hundert Mal mehr, oder ob ich das Gefühl habe, der leistet hundert Mal mehr. Das ist ja fast schon eine obszöne Idee, wenn ich den ganzen Tag gearbeitet habe und dann kommt einer und sagt, ich leiste aber hundert

Mal mehr. Das alles hat sicher auch mit Lebensqualität zu tun.

Wie könnten Gegenstrategien aussehen?

Zum Beispiel, dass ich jetzt überall dafür plädiere, dass wir genau überlegen, was ist Leistung und was ist Erfolg. Es gibt eben Leistung mit und ohne finanziellen Erfolg. Und es gibt Erfolg mit und ohne wirkliche Leistung. Ein Börsenspekulant macht ein paar Millionen Gewinn, möglicherweise sogar auf Kosten der anderen. Das ist ein gewaltiger Erfolg – aber was steckt da an Leistung dahinter? Wenn aber eine Mutter, eine allein Erziehende mit drei Kindern, die nun wirklich gut über Wasser hält und ihnen noch ein warmes Nest macht, dann ist das eine irrsinnige Leistung. Nur der finanzielle Erfolg ist außerordentlich dürftig.

Im Zeitalter des Marktradikalismus schreiben Sie, ist nicht die Revolution die richtige Strategie, sondern mehr Demokratie.

Ja, eben. Ich verfüge ja auch nicht über ein Wirtschaftssystem, das ich an die Stelle des kapitalistischen setzen könnte. Wenn ich das hätte, dann würde ich zur Revolution aufrufen. Aber ich glaube eben, dass es im Kapitalismus Modifikationen und Chancen gibt, die man nutzen kann. Und wie gesagt, die Gesellschaft, die ich in den frühen 70er Jahren erlebt habe, war eine völlig andere, als die, die ich dann im Jahr 2005, 2006 oder 2007 erlebt habe. Und das liegt in der Bandbreite politischer Aktivität.

Sie schreiben, dass drei Viertel der Bevölkerung in Deutschland glauben, dass es nicht gerecht zugeht, dass aber die Hälfte von diesen drei Vierteln nicht glaubt, dass sich etwas ändern wird. Die Demokratie nimmt sich selbst also nicht ernst?

Ja, so ist es, ja. Ich meine, in Deutschland – das ist auch ein Ergebnis der Meinungsforschung – wird die Demokratie mit sozialer

Demokratie gleichgesetzt. Das heißt, soziale Ungleichheit spricht gegen die Demokratie im Denken der meisten Deutschen. Und wenn sie dann das Gefühl haben, es ändert sich gar nichts, und wenn sie dann auch noch sehen, dass die Richtlinien der Politik von den Finanzmärkten und den Rating-Agenturen diktiert werden, dann ist doch der Verdross höchst verständlich. Es setzt sich die Meinung durch: Ist doch egal, wen wir da wählen. Die haben doch alle denen zu parieren, die da an den Börsen festlegen, wie viel Zinsen das eigene Land oder andere Länder für ihre Staatsanleihen zahlen müssen. Denken Sie doch, die italienische Opposition hat den Berlusconi nicht losgekriegt, obwohl er nun wirklich eine Schande für Italien war. Aber die Finanzmärkte haben ihn sofort losgekriegt, die haben einfach die Zinsen hochgesetzt und gesagt, die tun wir nicht runter, ohne dass der geht. Und das ist natürlich für viele Menschen eine so klare Dominanz der Ökonomie und in diesem Fall der Finanzmärkte, dass die Politik nur mehr ein Aschenputtel-Dasein führt.

In gewissem Sinn argumentieren Sie sogar gegen den Markt mit dem Grundgesetz.

Nein, das tue ich nicht, sondern ich stelle die Frage, was eigentlich im Zweifel Vorrang hat: Das Grundgesetz oder der Markt? Zum Beispiel beim Mindestlohn: Wenn ich nur nach dem Markt argumentiere, dann gibt es eben Tätigkeiten für die der Markt nicht so viel übrig hat, dass man davon leben kann. Und dann kriegen Sie eben nur so viel, dass Sie aufs Sozialamt müssen. Man kann aber auch sagen, dass das eigentlich der Menschenwürde, Artikel 1 des Grundgesetzes widerspricht? Ein Mensch arbeitet voll und kann davon nicht leben. Und dann gebietet eigentlich das Grundgesetz den gesetzlichen Mindestlohn.

Natürlich steht der Mindestlohn nicht in der Verfassung, aber dieser Satz: „Die Würde des

Menschen ist unantastbar.“ Diese Formulierung habe ich nie für glücklich gehalten. Denn die Würde des Menschen wird jeden Tag tausendfach angetastet. Nicht nur anderswo, sondern auch in Deutschland. Das ist unvermeidlich. Aber der zweite, der Nachsatz ist entscheidend: „Der Staat hat die Aufgabe, die Menschenwürde zu achten und zu schützen.“ Wenn das so ist, dann gilt das natürlich auch für ihre Arbeit am Markt. Aber wie gesagt, diese Art zu denken hat man uns lange ausgetrieben, überhaupt die Frage zu stellen: Was bedeutet eigentlich die Verfassung, auch im Hinblick auf den Markt?

Im Zuge Ihrer Bekämpfung der marktradikalen Gehirnwäsche wenden Sie sich ja auch ausdrücklich gegen die Verwendung des Begriffs der „politischen Klasse“.

Der Klassenbegriff bedeutet ja auch, dass man gemeinsame Interessen hat, gegenüber anderen Klassen. Und wenn unser politisches Leben darin besteht, dass die politische Klasse und die unpolitische sich gegenüberstehen, ja dann ist das alles Mögliche, nur mit Demokratie hat das nichts mehr zu tun. Mich hat es immer geärgert, dass Helmut Schmidt unentwegt von der politischen Klasse redet. Wobei Konflikte zwischen denen da oben und denen da unten, wie wir sie in Stuttgart praktisch gehabt haben, eigentlich mit Demokratie nichts mehr zu tun haben. Es gibt Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen CDU und SPD, das sind die legitimen Konflikte in einer Demokratie. Aber doch nicht zwischen der politischen Klasse und der nicht-politischen Klasse, wobei die nicht-politische Klasse ja die politische wählt oder wählen muss. Die Verwerfungen einer Gesellschaft drücken sich immer auch in der Sprache aus, das ist das, was mich immer fasziniert hat.

Ist der Aufruf, sich demokratisch zu engagieren, so wie Sie das machen, nicht schon systemgefährdend und geradezu subversiv?

Ja, wenn Sie das wollen, habe ich nichts dagegen. Worauf es mir ankommt: Natürlich kann man immer mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit fordern. Heute würde ich hinzufügen: Wenn wir überhaupt Demokratie wollen im Rest des 21. Jahrhunderts, dann wird es höchste Zeit. Wenn wirklich Politik darin besteht, wie das einmal Angelika Merkel formuliert hat, das Vertrauen der Märkte wieder zu gewinnen, was ist dann Politik noch? Dann werden die Entscheidungen ja von den Märkten getroffen und Politik hat sich dem anzubiedern und dafür zu sorgen, dass die Märkte wieder Vertrauen zum Beispiel in die deutschen Finanzen, also die Staatsfinanzen, bekommen. Ich hab sogar Verständnis dafür, dass ein Regierungschef heute so denkt, nur, mit Politik im strengen Sinne, als Gestaltung einer Gesellschaft, hat das nichts mehr zu tun.

Copyright: Alban Knecht und Philipp Catterfeld. Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Interviewer.